

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Cornelia Seibeld (CDU)

vom 31. Januar 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. Februar 2019)

zum Thema:

Ist die Bekämpfung von Antisemitismus in Berlin unterfinanziert?

und **Antwort** vom 19. Februar 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Feb. 2019)

Frau Abgeordnete Cornelia Seibeld (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/17738
vom 31. Januar 2019
über Ist die Bekämpfung von Antisemitismus in Berlin unterfinanziert?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Fragen betreffen in Teilen Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort zukommen zu lassen und hat daher die Bezirksämter um Sachstandsmitteilung gebeten. Die Rückmeldungen der Bezirksämter sind in den Antworten berücksichtigt.

1. Welche Initiativen/Projekte/Maßnahmen zur Bekämpfung von bzw. zur Aufklärung über Antisemitismus – über alle Senats- und Bezirksverwaltungen hinweg – finanziert der Senat über welche Haushaltstitel, zu welchem Anteil und in welcher Höhe?
2. In welchen weiteren Haushaltstiteln werden solche Initiativen/Projekte/Maßnahmen finanziert, die sich mindestens teilweise diesen Zielen widmen?

Zu 1. und 2.: Die durch den Senat finanzierten Initiativen, Projekte und Maßnahmen werden in der folgenden Darstellung soweit möglich mit Verweis auf Haushaltstitel sowie Förderhöhe aufgeführt und nach Handlungsfeldern, Bereichen und Bezirken unterteilt.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei –

Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei – hatte in 2018 einen Arbeitskreis Antisemitismus eingerichtet, dessen abschließende Empfehlungen die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund am 14.12.2018 der Presse vorgestellt hat

Die Senatskanzlei hat die Kosten der Treffen dieses Arbeitskreises aus verschiedenen Titeln des Kapitels 0300 finanziert.

Handlungsfeld „Bildung und Jugend“

Bereich Schule:

Die Kategorien der beiden Fragen lassen sich für die pädagogische Arbeit nicht immer trennen. Alle Maßnahmen, die der Prävention vorrangig von Antisemitismus dienen, haben auch einen weiteren pädagogischen Ansatz, allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und von Diskriminierung präventiv zu begegnen – umgekehrt haben auch alle Maßnahmen, die im Sinne einer Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt wirken sol-

len, eine Dimension, die Antisemitismusprävention mit einschließt, auch wenn sie nicht explizit oder ausschließlich auf die Verhinderung von antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen abzielen. Daher lassen sich keine trennscharfen Tabellen für die beiden Fragen 1 und 2 erstellen, sondern nur eine gemeinsame, in der alle Projekte erfasst sind, die – mit unterschiedlich ausgeprägtem Bezug auf das Thema Antisemitismus – Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung begegnen wollen.

Eine vollständige Erfassung der Mittel, die für die Prävention von Antisemitismus zur Verfügung stehen, muss über die in Haushaltstiteln fixierten Summen hinaus auch weitere Ressourcen berücksichtigen. So finden zur Prävention von Antisemitismus bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Berliner Lehrkräfte zahlreiche verbindliche und freiwillige Maßnahmen statt, die durch das zur Senatsverwaltung zugehörige Personal durchgeführt werden. Die Kosten hierfür können nicht konkret beziffert werden. Veranstaltungen im Bereich Antisemitismus, Diskriminierung und Extremismus werden in allen Phasen und Bereichen der Lehrkräftebildung sowohl regelmäßig als auch bedarfsorientiert und anlassbezogen durchgeführt.

Mehrere Institutionen und Initiativen im Themenfeld werden zudem durch Abordnungen von Lehrkräften unterstützt, so die „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“, der „Ort der Information“ im „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und die „Koordinierungsstelle Stolpersteine“.

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung hat im Jahr 2018 insgesamt 15 Diskussionsforen, Tagungen, Fortbildungen und Buchpräsentationen zum Thema Antisemitismus durchgeführt, für 2019 ist eine ähnliche Zahl von Veranstaltungen geplant.

Bereich Schule:

Maßnahme	Kapitel	Titel	Ansatz 2018	Ist 2018	Ansatz 2019	Nachtrag 2019 oder Finanzierung im Rahmen der HW 2019 geplant (haushaltsneutral)
Gedenkstättenfahrten	1012	53104	180.000	182.721	180.000	0
Gesicht zeigen!	1010	68569	220.000	220.000	220.000	0
meet to respect	1010	68569	0	26.741	0	80.000
interreligious peers	1010	68569	0	20.877	0	50.000
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus	1010	68569	50.000	50.000	50.000	0
Blumenstraußprojekt	1010	54053	0	1.000	0	1.000
Kooperation mit Yad Vashem	1010	54053	50.000	50.000	50.000	0
Fortbildungen für religiös und politisch motivierte Konflikte	1010	52501	25.000	14.770	50.000	0
Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz: Lesereihe zum 85. Jahrestag der Bücherverbrennung	1014	68569	800	800	0	

Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz: Lesereihe zum 86. Jahrestag der Bücherverbrennung	1014	68569			640	
Veranstaltungen der Berliner Landeszentrale für politische Bildung	1014	52513		8.840		8.800
Publikationen, die die Berliner Landeszentrale zur Verfügung stellt	1014	52523		22.409		22.000
Zuschüsse zu Gedenkstättenfahrten	1012	53104		85.890		

Bereich Jugend

Maßnahme	Kapitel	Titel	TA	Ansatz 2018	Ist 2018	Ansatz 2019
Jugend-Demokratiefonds Berlin	1042	68569	3	747.757	747.757	758.055
Jugendbildungsstätten	1042	68490/ 68435	3/3	2.337.791	2.336.442	2.384.137
Jugendverbände	1042	68490/ 68435/ 68425	5/3/2	2.261.180	2.261.180,00	2.454.804
Prävention von Online-Radikalisierung	1042	68425	9	100.000	100.000,00	110.000

Handlungsfeld „Justiz“

Maßnahme	Einrichtung der Stelle einer Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft
Beschreibung	Die Generalstaatsanwältin hat im Einvernehmen mit dem Justizsenator zum 1. September 2018 die Stelle einer Antisemitismusbeauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin eingerichtet. Mit Einrichtung dieser Stelle wird das Ziel verfolgt, durch Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und jüdischen Organisationen das Vertrauen der Gesellschaft in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung antisemitischer Straftaten zu stärken.
Haushaltstitel/Finanzierung	Der Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft wird derzeit aus dem Titel 422 01 finanziert.“

Im Rahmen der Fortbildungen des Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamts der Länder Berlin und Brandenburg werden folgenden Angebote bereitgehalten:

Maßnahme	Fortbildungen
Zielgruppe	Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten
Beschreibung	Jedes Jahr werden mehrere Fortbildungen angeboten, die sich auch mit dem Themenbereich Antisemitismus (z.T. im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus) befassen. So finden an der Deutschen Richterakademie jährlich die Veranstaltungen „Zwischen Recht und Unrecht – Deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert“, „Die nationalsozialistische Justiz und ihre Aufarbeitung“ sowie „Politischer Extremismus – Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“ statt.
Haushaltstitel	Personaltitel 42701 Sachtitel 52501

Maßnahme	Veranstaltung der Justizakademie Königs Wusterhausen
Beschreibung	An der Justizakademie in Königs Wusterhausen wird jedes Jahr die Veranstaltung „Politischer Extremismus und Terrorismus“ angeboten. Diese widmet sich u.a. dem Lagebild über die Entwicklungen in Berlin und Brandenburg. Im Jahr 2018 wurde hierbei das Thema des Antisemitismus spezifisch behandelt.
Haushaltstitel	Personaltitel 42701 Sachtitel 52501

Maßnahme	Veranstaltungen
Zielgruppe	Referendarinnen und Referendare
Beschreibung	Im Rahmen des Referendariats gibt es drei Veranstaltungen zum Thema der deutschen Justizgeschichte, in denen auch die Rolle des Nationalsozialismus und der Antisemitismus thematisiert werden. Die Veranstaltungen widmen sich im Schwerpunkt zum einen der Rolle der Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus, zum anderen der DDR Rechtsgeschichte sowie der anwaltlichen Perspektive auf die Justizgeschichte. Der Besuch dieser Veranstaltungen ist für die Referendare verpflichtend. Daneben besteht für die Referendare die Möglichkeit zur Teilnahme an dem freiwilligen Schlüsselqualifikationsseminar „Menschenrechtsbasierter Diskriminierungsschutz und Diversity“.
Haushaltstitel	Personaltitel 42701 Sachtitel 52501

Handlungsfeld „Innere Sicherheit“

Aufgrund der Brisanz des Themas und der Verwurzelung antisemitischer Einstellungen in extremistischen und nicht-extremistischen Milieus sind zukünftige Projektentwicklungen und -förderungen auszubauen. In 2017 und 2018 wiesen bekannt gewordene Fälle von „religiösen Mobbing“ an Schulen, körperliche Angriffe auf (vermeintlich) jüdische Men-

schen und das Verbrennen einer Israel-Flagge vor dem Brandenburger Tor auf ein sowohl quantitativ als auch qualitativ gestiegenes Niveau antisemitischer Taten hin.

Die Landeskommision förderte mit einer Zuwendung in Höhe von EUR 20.000 im Jahr 2018 das Projekt „Auf Augenhöhe“ des Berliner Jugendportals „jup.berlin“. 2018 wurden zwei Themenblöcke im Bereich Rechtsextremismus („Rechte Gewalt) und ein Themenblock im Bereich Linksextremismus („Linke Gewalt“) umgesetzt.

Für das Jahr 2019 sind EUR 50.000 in die Arbeitsplanung der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingestellt. Diese werden verwendet für die Erstellung einer Studie zum Thema „Antisemitismus und Jugendgewalt“ durch die Arbeitsstelle Antisemitismus im Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, für die Förderung eines Bildungs- und Beratungsprogramms zum Umgang mit Antisemitismus und Gewalt, für ein Bildungs- und Beratungsprogramm für pädagogische Fachkräfte sowie ein Kooperationsprojekt zwischen Stadtteilmüttern und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Bei der Polizei Berlin werden sowohl zur Sensibilisierung für dieses Themenfeld als auch zur Vermittlung der notwendigen Kompetenzen zum Erkennen und Bekämpfen vom Antisemitismus im Rahmen der Aus- und Fortbildung verschiedene Seminare überwiegend von den Lehrkräften der Polizei Berlin durchgeführt. Beispielhaft seien hier Seminare bzw. Schulungen zu folgenden Themen genannt:

- Führungskräfteseminar zum "Al-Quds-Tag" – ein Rückblick,
- „Nach den Gaza-Protesten: Erscheinungsformen des Antisemitismus in Deutschland“,
- „Jüdisches Leben in Berlin - einst und jetzt“,
- "Erscheinungsformen des Antisemitismus“,
- „Antisemitismus und Rassismus vor dem Hintergrund der Polizeigeschichte“
- Themenfeld Antisemitismus/Extremismus: Neue Entwicklungen und Akteure in der rechten Szene,
- Antisemitismus und Rechtsextremismus Veranstalter: Evangelische Polizeiseelsorge und
- „Umgang mit kultureller Vielfalt und die beidseitige zufriedenstellende Kommunikation“

In Einzelfällen für Honorarudozierende anfallende Mittel werden im Haushalt der Polizei Berlin nicht explizit ausgewiesen.

Handlungsfeld „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“

Beauftragter für Kirchen, Religions- und Weltanschauung (BKRW):

Träger	Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaeum Durchführung der Jüdischen Kulturtag
Haushaltstitel	Kapitel 0820 Titel 684 33.
Fördersumme	770.000 €

Träger	Jüdische Gemeinde zu Berlin
Haushaltstitel	Kapitel 0820 Titel 683 03
Fördersumme	ca. 256.000 €

Träger	Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
--------	--

Haushaltstitel	Kapitel 0820 Titel 684 44
Fördersumme	96.000 €

Diese Institutionen schaffen Anlässe zur Begegnung und initiieren Veranstaltungen und Ausstellungen, die jüdische Kultur fördern und das vielfältige jüdisches Leben in Berlin erfahrbar machen. Auf diese Weise können Vorurteile abgebaut werden, was mittelbar auch der Prävention von Antisemitismus dient.

Gedenkstätten, Museen, Bildende Kunst:

Träger	Anne Frank Zentrum
Beschreibung	Projektmittel in 2019 für historisch-politische Bildungsarbeit zur Bekämpfung bzw. Aufklärung über Antisemitismus
Haushaltstitel	Kapitel 0810 Titel 68569.
Fördersumme	70.000 €

Träger	Der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand – Koordinierungsstelle „Stolpersteine“
Beschreibung	Förderung des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. für seine Arbeit einschließlich der Betreuung der Koordinierungsstelle „Stolpersteine“ in 2019.
Haushaltstitel	Kapitel 0810 Titel 68573
Fördersumme	rd. 295.000 €

Träger	Topographie des Terrors einschließlich des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit
Beschreibung	Für die erinnerungskulturelle Arbeit der Stiftung Topographie des Terrors einschließlich des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit sind im Haushalt 2019 untenstehende Mittel etatisiert
Haushaltstitel	Kapitel 0810 Titel 68208
Berliner Förderanteil	3.291.000 €

Träger	Haus der Wannseekonferenz
Beschreibung	Das Haus der Wannseekonferenz erhält für seine institutionelle Arbeit untenstehende Mittel
Haushaltstitel	Kapitel 0810 Titel 68530
Berliner Förderanteil	1.246.000 €.

In den letzten beiden Ansätzen sind jeweils 100.000 € enthalten, die im Rahmen einer Initiative der Kulturverwaltung in den Museen und Gedenkstätten verausgabt werden, um die Bereiche „Outreach und Vermittlung“ zu verstärken.

Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“

Das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist ein Förderprogramm der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und wird durch die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) umgesetzt.

Zur Umsetzung des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind seit 2002 Mittel im Landeshaushalt etatisiert. Dank der Mittel des Landesprogramms können pro Jahr insgesamt ca. 50 Projekte zivilgesellschaftlicher Träger gefördert werden.

Bei den hier dargestellten Maßnahmen zur spezifischen Antisemitismusprävention handelt es sich um Projektförderungen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ und z. T. um Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (mit Kofinanzierung aus dem Landesprogramm). Ein Teil der Projekte arbeitet spezifisch im Problemfeld Antisemitismus, andere greifen das Thema Antisemitismus im Rahmen ihrer querschnittartigen Auseinandersetzung mit „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ auf. Bei unterschiedlichen Herangehensweisen ist allen Projekten gemein, dass ausgehend von den Fragen und Perspektiven der jeweiligen Zielgruppen allgemein Ursachen und Prozesse der Ausgrenzung und der Diskriminierung in Deutschland aufgegriffen werden. Ebenso thematisieren alle Projekte aktuelle Fragen des demokratischen Zusammenlebens auf menschenrechtlicher Grundlage.

Projektname	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
Träger	Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.
Zielgruppe	Jüdische Community, Allgemeine Öffentlichkeit
Projektbeschreibung (kurz)	Zusammen mit jüdischen Organisationen und den Berliner Registerstellen baut RIAS ein berlinweites Melde-Netzwerk für antisemitische Vorfälle auf. Damit soll ein Beitrag zur Erhellung des Dunkelfelds des „alltäglichen Antisemitismus“ geworfen werden.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 79.565,69

Projektname	Anne Frank – Historisch-politische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus
Träger	Anne Frank Zentrum
Zielgruppe	Primärprävention / junge Menschen, bzw. Multiplikator_innen / Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Das Anne Frank Zentrum zeigt die Ausstellung »Anne Frank. hier & heute« in Berlin und führt Wanderausstellungsprojekte in ganz Deutschland durch. Es entwickelt zeitgemäße Angebote zur Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Holocaust und bietet Projektstage, Seminare und Fortbildungen an. Dabei engagiert sich das Zentrum für Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie und tritt Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung entgegen.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 156.262,00

Projektname	Praxisstelle für Antisemitismus- und rassistische Jugendarbeit
Träger	Amadeu Antonio Stiftung
Zielgruppe	Primärprävention bzw. Multiplikator_innen / päd. Fachkräfte.

Projektbeschreibung (kurz)	Antisemitismus, Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) stellt die offene Kinder- und Jugendarbeit immer wieder vor Herausforderungen. Diesen stellt sich das Modellprojekt »ju:an - Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit«. Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikator_innen bei der Umsetzung nachhaltiger antisemitismus- und rassismuskritischer Jugendarbeit.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 14.600,00

Projektname	Anders denken. Politische Bildung gegen Antisemitismus
Träger	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus-KlgA e.V.
Zielgruppe	Primärprävention / muslimisch sozialisierte Jugendliche und junge Erwachsenen, bzw. Multiplikator_innen / päd. Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	KlgA e.V. entwickelt Konzepte für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Darüber hinaus ist der Verein in der Islamismusprävention bzw. generell in der historisch-politische Bildung aktiv.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 19.000,00

Projektname	Praxisstelle „Bildung und Beratung“
Träger	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus-KlgA e.V.
Zielgruppe	Schule
Projektbeschreibung (kurz)	Unterstützung und Beratung für Schulen bei der unmittelbaren und angemessenen Intervention gegen Antisemitismus bzw. bei antisemitischen Vorfällen.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 71.000,00

Projektname	Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen.
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Primärprävention / Schülerinnen und Schüler
Projektbeschreibung (kurz)	Das Modellprojekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ soll mit der Durchführung von Schulworkshops Jugendlichen eine Perspektive eröffnen, die ihnen einen selbständigen, reflektierten Umgang mit dem Phänomen Antisemitismus ermöglicht.

Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 25.000,00

Projektname	Mitzpe* -Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiefährdung
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Jugendliche bzw. Multiplikator*Innen und Akteure aus dem Bereich der Pädagogik, der freien Träger und Nichtregierungsorganisationen in den Arbeitsfeldern „Demokratieförderung“, „Politische Bildung“, u.a.
Projektbeschreibung (kurz)	Recherche über Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen im Kontext einer aktuellen Feld- und Diskursbeobachtung aus einer Betroffenenperspektive und zeitnahe Berichterstattung im Netz
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 45.000,00

Projektname	Ke'ezrach - Wie ein Mitbürger
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Kinder und Jugendliche, insbesondere junge Menschen aus Regionen mit hoher multikultureller Bevölkerungsstruktur sowie aus strukturschwachen Regionen oder aus bildungsfernen Milieus
Projektbeschreibung (kurz)	In verschiedenen Formaten der politischen Bildungsarbeit werden Vorurteils- und Diskriminierungsmuster sowie Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) thematisiert und zu den Normen und Werten der freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Einwanderungsgesellschaft in Beziehung gesetzt. Im Rahmen des Projekts sollen niedrigschwellige Ansätze und Zugänge zur Normorientierung und Wertediskussion mit jungen Flüchtlingen – etwa über das Medium Film – reflektiert und erprobt werden.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 32.500,00

Projektname	Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegentreten
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Jugendliche zw. 14 und 21 J.; Multiplikatoren
Projektbeschreibung (kurz)	Das Projekt thematisiert in didaktischen Konzepten, Arbeitsmaterialien, Workshops und Veranstaltungen mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren insbesondere Schnittmengen zwischen traditionellen und neuen Formen des völkischen Rassismus und Antisemitismus mit kulturalistisch, islamfeindlich und xenophob motivierter Einwanderungs- und Flüchtlingsfeindlichkeit. Jugendliche werden zu Multiplikatoren ausgebildet.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 32.500,00

Projektname	Be'Jachad_ Gemeinsam gegen Hass
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.

Zielgruppe	jüdische Jugendliche und Heranwachsende
Projektbeschreibung (kurz)	Geschützter Raum im Internet zum Austausch und zur Vernetzung jüdischer Jugendlicher, die von Antisemitismus im Netz betroffen sind. Betreuung kleiner Mediengruppen zur Thematisierung von Erlebnissen und Erfahrungen mittels verschiedener jugendgerechter Darstellungsformen. Ziel der medienpädagogischen Strategie ist die Erweiterung der Handlungsfähigkeit bezüglich (antisemitischer) Hate Speech und die gegenseitige Unterstützung im Falle von Hasspropaganda.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 32.500,00

Projektname	Für Vielfalt und gegen Diskriminierung: historisch-politische Bildung gegen Antisemitismus und Rassismus mit Berliner Jugendlichen
Träger	Miphgasch Begegnung e.V.
Zielgruppe	Primärprävention / „bildungsbenachteiligte Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund“ bzw. Multiplikator_innen / Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Miphgasch/Begegnung e.V. bietet Projekttag für Schulklassen und Jugendgruppen. Mit dem Angebot lädt der Verein junge Menschen ein, sich aus neuen Perspektiven mit den Themenfeldern Nationalsozialismus, Nahost, Identität und Religion auseinanderzusetzen.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 24.150,00

Projekte die das Problemfeld Antisemitismus im Rahmen ihrer Querschnittsaufgaben bearbeiten:

Projektname	Protest, Provokation und Propaganda. Fortbildungen, Begleitungen und Beratungen von pädagogischen Fachkräften in der Islamismusprävention
Träger	Ufuq e.V
Zielgruppe	Primärprävention, pädagogische Fachkräfte bzw. Multiplikator_innen der schulischen und außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit bzw. Kinder und Jugendhilfe
Projektbeschreibung (kurz)	Fortbildungen, Begleitungen und Beratungen von pädagogischen Fachkräften in der Islamismusprävention. Mitarbeitende kommen in Schulen und Jugendeinrichtungen und bieten situationsbezogene Fortbildung und Beratung.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 29.487,20
Projektname	Landeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage in Berlin
Träger	Aktion Courage e.V.

Zielgruppe	Primärprävention, Schülerinnen und Schüler bzw. Multiplikator_innen / Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Schulnetzwerk, das sich gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing, Gewalt und gegen Ideologien der Ungleichheit bzw. jede Form Gruppenbezogener Menschenverachtung wendet.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 260.984,66

Projektname	Mobiles Beratungsteam Berlin (MBT) für Demokratieentwicklung
Träger	Stiftung Sozialpädagogisches Institut "Walter May"
Zielgruppe	Primärprävention, zivilgesellschaftliche wie staatliche Akteurinnen und Akteure bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / päd. Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Das MBT berät und begleitet, vernetzt und qualifiziert lokale Akteur/innen und Organisationen zu Fragen und Problemstellungen im Zusammenhang mit Ideologien der Ungleichheit bzw. Phänomenen „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 360.000,00

Projektname	Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)
Träger	Verein für Demokratische Kultur e.V.
Zielgruppe	Primärprävention, zivilgesellschaftliche wie staatliche Akteurinnen und Akteure bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) berät und begleitet Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Ziel ist es, Bürger/innen und ihre Initiativen zu einem selbständigen und zielorientierten Handeln für eine demokratische Kultur zu befähigen.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 558.098,88

Projektname	Die Freiheit, die ich meine
Träger	Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Zielgruppe	Primärprävention / junge muslimische Frauen und Mädchen bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	„Die Freiheit die ich meine“ entwickelt Angebote für junge muslimische Frauen und Mädchen, die sie befähigen, angstfrei und lösungsorientiert Konflikte zu bearbeiten. Damit sollen sie zu Multiplikatorinnen in ihrer Familie und Community werden.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 15.000,00

Projektname	Berliner Ratschlag für Demokratie
Träger	Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Zielgruppe	Die gesamte Stadtgesellschaft
Projektbeschreibung (kurz)	Der Berliner Ratschlag für Demokratie ist ein Bündnis Berliner Persönlichkeiten, die sich für Demokratie, Vielfalt und Respekt ihrer Stadt einsetzen wollen. Der Ratschlag ehrt Demokratieinitiativen mit einem Respektpreis und bezieht Stellung gegen Menschenverachtung jedweder Art.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 82.600,00

Projektname	ReachOut – Opferberatung
Träger	Ariba e.V.
Zielgruppe	Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin.
Projektbeschreibung (kurz)	Unterstützung und Beratung für Opfer und deren Angehörige
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 542.156,47

Projektname	BAHIRA Beratungsstelle / Empowerment muslimischer Communities zur Prävention von islamisch begründetem Extremismus
Träger	Violence Prevention Network e.V.
Zielgruppe	Primär- u. Sekundärprävention / Moscheegemeinden
Projektbeschreibung (kurz)	BAHIRA ist ein Kooperationsprojekt von Violence Prevention Network und Berliner Moscheegemeinden. Das Projekt zielt auf Empowerment muslimischer Communities zur Prävention von islamisch begründetem Extremismus.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€16.250,00

Projektname	Hör mir zu! Für Demokratie und Vielfalt - gegen Islam und Muslimenfeindlichkeit in der beruflichen Bildung
Träger	Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung - DEVI - e.V.
Zielgruppe	Primärprävention / Schülerinnen u. Schüler in berufsbildenden Einrichtungen bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren/ pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Das Projekt befördert in berufsbildenden Einrichtungen die Schaffung einer demokratischen und menschenrechtlich-orientierten Schulkultur, innerhalb derer sich Lernende und Lehrende unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, Weltanschauung, sexuellen Orientierung anerkannt fühlen können.
Haushaltstitel	Kapitel 0601 Titel 68406
Fördersumme 2018	€ 20.440,00

Hinweis: einige der hier aufgeführten Projekte erhalten auch Kofinanzierungsmittel anderer Senatsverwaltungen und/oder Zuwendungsmittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Der Bezirk hat für das aktuelle Förderjahr der Partnerschaft für Demokratie (PfD) einen Schwerpunkt auf das Thema Antisemitismus gelegt. Vor dem Hintergrund des jährlich stattfindenden Quds-Marsches in Charlottenburg, in dessen Umfeld es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt, stehen neben der Aufklärung über antisemitische Vorurteile auch die Vermittlung von Handlungs- und Gegenstrategien im Mittelpunkt der Aktivitäten/Förderungen der Partnerschaft für Demokratie. In der Vergangenheit wurden keine Projekte gefördert, welche sich explizit auf das Thema Antisemitismus beziehen. Dessen ungeachtet beinhalten Projekte gegen Rassismus und rassistische Vorurteile stets auch die Prävention gegen Antisemitismus. Genannt werden können hier:

Förderung 2018	Integrationsfonds
Projekt	Werte-Dialoge/ Iranische Gemeinde
Haushaltstitel	Kapitel 3350 Titel 68448
Fördersumme	2.400€

Förderung 2019	Partnerschaft für Demokratie
Projekt	Antirassistisches Spielmobil/ Die Falken Landesverband Berlin
Haushaltstitel	Kapitel 3300 –Titel 68590
Fördersumme	7.740€

Förderung 2019	Integrationsfonds
Projekt	Antirassistisches Spielmobil/ Die Falken Landesverband Berlin
Haushaltstitel	Kapitel 3350 Titel 68448
Fördersumme	4.000€

In beiden Fördertöpfen können 2019 noch Anträge gestellt werden. Daher ist diese Übersicht eine Momentaufnahme.

Darüber hinaus nimmt das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf im Rahmen der Städtepartnerschaften und der Jugendförderung eine Reihe von Projekten vor, die direkt oder mindestens mittelbar auch die Bekämpfung des Antisemitismus zum Inhalt haben. Dazu gehören z. B. mit historischem Kontext verbundene Gedenkveranstaltungen, themenspezifische Ausstellungen oder die Organisation des Jugendaustausches mit Israel. In diesem Rahmen werden auch verschiedene Haushaltsmittel oder Mittel aus Stiftungen sowie Projektfonds genutzt.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Maßnahme	Fach und Arbeitsgemeinschaften der Kinder- und Jugendarbeit bzw. Jugendsozialarbeit
Zielgruppe	Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit bzw. der Jugendsozialarbeit
Beschreibung	Erörterung von Möglichkeiten des Umgangs mit politisch brisanten Themen, die sich auf die pädagogische Arbeit mit jungen Menschen auswirken bzw. mit speziell antisemitischen, rassistischen und diskriminierenden Haltungen und Verhaltensweisen.

Maßnahme	Projekt „amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus in Zusammenarbeit mit dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.“
Zielgruppe	Jugendliche mit Migrationshintergrund
Beschreibung	Entwicklung von Angeboten zum Umgang mit Antisemitismus unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die offenen Jugendarbeit

Maßnahme	Internationale Jugendbegegnung
Zielgruppe	Kreuzberger Jugendliche und junge Erwachsene
Beschreibung	Friedrichshain-Kreuzberg unterstützt und fördert die langjährige Internationale Jugendbegegnung von Jerusalemer und Kreuzberger Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen eines einwöchigen Austauschprogramms von Outreach gGmbH und Kidum Noar.

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Maßnahme	Bezirklicher Präventionsrat – Arbeitskreis „Demokratie und Toleranz“
Beschreibung	Es findet eine enge Zusammenarbeit des Bezirksamts mit dem bezirklichen Register zu Straftaten, Vorkommnissen mit rechtsextremen, rassistischen, homophoben sowie mit antisemitischen Hintergrund statt. Ebenso besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Polizei und der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS. Diese Erfassung wird im Arbeitskreis „Demokratie und Toleranz“ des bezirklichen Präventionsrates ausgewertet. Es werden entsprechende Beschlüsse

	zur Prävention und Abwehr gefasst und umgesetzt.
--	--

Maßnahmen	Veranstaltungen
Beschreibung	Verschiedene bezirkliche Veranstaltungen im kulturellen Bereich oder in der politischen Bildung (z.B. über den Runden Tisch „Politische Bildung“) sind mit dem Thema Antisemitismusprävention befasst. Dazu zählen auch die Pflege der entsprechenden, bezirklichen Erinnerungsorte und die Aktion „Stolpersteine“.

Maßnahme	Stelle eines/einer bezirklichen Antisemitismusbeauftragten
Beschreibung	2019 beabsichtigt das Bezirksamt Lichtenberg die Schaffung der Stelle eines bezirklichen Antisemitismusbeauftragten, dem dies Arbeitsfeld umfänglich zugeordnet werden wird.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Es gibt keine Finanzierungen mit dem ausschließlichen Schwerpunkt Antisemitismus. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist jedoch eine wichtige Aufgabe, die im Alltag einer jeden Einrichtung (z. B. Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienzentren) notwendig ist. Zu deren Unterstützung gibt es daher zahlreiche Maßnahmen der politischen Bildung, Demokratieentwicklung sowie der beiden „Partnerschaften für Demokratie“ in Marzahn und Hellersdorf (im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“) sowie Projekte (z. B. „Stolpersteine“, Gedenkwoche zum 9./10. November 1938), u. a. veranstaltet vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“), in denen die Auseinandersetzung mit Antisemitismus immer wieder eine Rolle spielt.

Maßnahme	Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung
Beschreibung	Mit der Einrichtung der „Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung“ engagiert sich der Bezirk Marzahn-Hellersdorf seit 2006 gegen Nationalismus, Antisemitismus und weitere Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Maßnahme	Partnerschaften für Demokratie
	Die „Partnerschaften für Demokratie“ Marzahn und Hellersdorf unterstützen vielfältige Projekte, die sich für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (und hierzu zählt auch Antisemitismus) einsetzen. Unterstützt wurde z.B. eine Aktionswoche zum Gedenken an die Verfolgten der „Reichspogromnacht“ von 1938 statt.

	Bündnis für Demokratie und Toleranz
Beschreibung	Das Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort

	der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf, hatte aus Anlass der Novemberpogrome vor 80 Jahren eine Gedenkwoche organisiert. Veranstaltungen dieser Art sollen verstetigt und fester Bestandteil des Aktionsprogramms werden. Dazu gehören: Diskussionsrunden in Schulen und Jugendeinrichtungen zum Thema, Film- und Theateraufführungen zum Thema mit anschließender Diskussion und die Ausstellung Stolpersteine in Marzahn-Hellersdorf an verschiedenen Orten im Bezirk.
--	--

Bereich Weiterbildung und Kultur. Die Finanzierung erfolgte aus den Mitteln des Bezirkskulturfonds (BKF).

2018	DESSA Kunst und Erinnern
Ort	Ausstellungszentrum Pyramide 14.10. - 14.11.2018
Beschreibung	Ausstellung anlässlich des Gedenkens an die anti-semitischen Pogrome im November 1938 mit umfangreichem Begleitprogramm (Lesung, Diskussion, Vortrag, Führungen, Workshops) und Dokumentation
Haushaltstitel	54053, 42701
Fördersumme	6.000 €

2019	Some Were Neighbors – Kollaboration und Komplizenschaft im Holocaust:
Kooperation	Kooperation mit der VHS Marzahn-Hellersdorf
Beschreibung	Wanderausstellung des United States Holocaust Memorial Museum mit Begleitprogramm (Kurse, Führungen)
Haushaltstitel	42701
Fördersumme	1.000 €

2018/2019	Wider das Vergessen - Stolpersteine in Marzahn-Hellersdorf
Ort	Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf 09.11.2018 – 25.1.2019
Beschreibung	Ausstellung in Kooperation mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt in Marzahn-Hellersdorf
Haushaltstitel/Fördersumme	Fördermittel des Bündnisses

	Verlegung von Stolpersteinen
	unregelmäßig, spendenfinanziert

Bezirksamt Mitte von Berlin

Maßnahme	Registerstelle Berlin Mitte des Trägers NARUD e.V.
Beschreibung	Im Haushaltsjahr 2018 fördert das BA Mitte die Re-

	gisterstelle Berlin Mitte des Trägers NARUD e.V. zur Dokumentation von Angriffen und Vorfällen, die einen rassistischen, antisemitischen, homophoben oder diskriminierenden Hintergrund haben. Unter Vorfällen, die bei den Registern aufgenommen werden, sind neben Gewalttaten auch Propagandaaktivitäten, wie das Anbringen von Aufklebern, Plakaten oder Sprühereien gefasst. Darüber hinaus werden auch Veranstaltungen und Beleidigungen gefasst, die einmal jährlich qualitativ ausgewertet werden. Der Träger legt dem Bezirk eine jährliche Berichterstattung/Chronik vor, die Grundlage für weitere Maßnahmen sein kann.
--	--

Bezirksamt Pankow von Berlin

Projekt	Projekt Interkultour
	Seit 2017 finanziert vom Bezirksamt: Gemeinsame Projektwoche mit Schüler*innen aus Willkommensklassen und eines Gymnasiums mit Besuchen interkultureller Orte u.a. einer Synagoge und einer Moschee in Pankow

Projekt	Holocaust Fakten, Orte, Menschen
Beschreibung	Ein Interkulturelles Erinnerungsprojekt (Veranstaltungen, Exkursionen in Deutsch und Arabisch), 2018 finanziert vom Bezirksamt

Projekt	Netzwerk „Erinnern und Gedenken“ im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie.
Beschreibung	Austauschplattform für die Zeit des NS , insbesondere um Aktivitäten im Bereich pol. Bildung für junge Menschen zu entwickeln und zu vernetzen - in diesem Zusammenhang wurde auch angeregt eine Stolpersteingruppe in Weißensee zu gründen.

Projekt	Gedenkopferbuch Buch für Ethanasieopfer
Beteiligung des Bezirksamts	Kooperation des Bezirksamts Pankow mit dem runden Tisch Geschichte Berlin Buch
Beschreibung	Unterstützung bei Beantragungen von Drittmitteln

Projekt	Runder Tisch "Geschichte Zwangsarbeiterkrankenammellager Blankenfelde Berlin"
	Begleitet durch das Bezirksamt
Beschreibung	Der Runde Tisch "Geschichte Zwangsarbeiterkrankenammellager Blankenfelde Berlin" setzt sich gegen das Vergessen und für jährliche Projekte mit den umliegenden Schulen ein

Projekt	Austausch mit Hin- und Rückbegegnung für und mit Jugendlichen aus Pankow und Tel Aviv
Ansiedelung	Jugendamt – Jugendförderung Pankow

	Die Begegnungen sind als Projekte der politischen Bildung angelegt. Die Jugendlichen erfahren bereits in der Vorbereitung einen Einblick in Kultur, Geschichte und Politik des Staates Israel. In den Begegnungen arbeiten die Jugendlichen in Kreativworkshops an einem gemeinsamen aktuellen Thema (Jahresthema) der politischen Bildung. Sie besuchen gemeinsam Gedenkstätten und zelebrieren ein gemeinsames Gedenken an den Holocaust.
--	---

Projekte, die punktuell das Thema Antisemitismus behandeln:

- Moskio - bezirkliche Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt
- Yaar, ein afghanischer Bildungsverein, der regelmäßig Seminare/Gesprächskreise in farsi in den Flüchtlingsunterkünften anbietet zu diversen Themen
- Al Daar, ein arabischer Verein, der regelmäßig Seminare/Gesprächskreise in Arabisch in den Flüchtlingsunterkünften anbietet zu diversen Themen
- Air Future TV - Antigewaltprojekt (Filmvorführung mit anschließender Gruppendiskussion).

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf setzt Schwerpunkte bei der Nachwuchskräftebetreuung, der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit, der Kulturarbeit und in der Pflege der bezirklichen Partnerschaften zu den israelischen Städten Sderot und Kiriat Bialik. Dabei steht im Wesentlichen die Aufrechterhaltung der Erinnerung an den Holocaust im Vordergrund. Unterstützt werden in diesem Zusammenhang Zeitzeugenprojekte, Gedenkstättenbesuche durch Nachwuchskräfte sowie Kinder- und Jugendliche, insbesondere auch im Rahmen internationaler Begegnungen. Darüber hinaus werden Ausstellungen und Dokumentationen, Zeitzeugenprojekte und die Schaffung von Orten des Gedenkens (Verlegung von Stolpersteinen, Errichtung von Erinnerungstelen, etc.) gefördert.

Fachbereich Jugend 2018

Projekt	Im Jahr 2018: Ausstellung und Rahmenprogramm „L´Chaim – Auf das Leben! Die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin entdecken“
Ort	Jugendfreizeiteinrichtung Düppel
Träger	Ein Projekt der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA)
Beschreibung	Die Ausstellung porträtiert den Alltag, die Gedanken und Gefühle von Jüdinnen und Juden, die Berlin heute als ihre Heimat bezeichnen. Migrationserfahrungen, die Zugehörigkeit zu einer Minderheit, die Familiengeschichte und Herkunft sind Themen, die einen biografischen Zugang zum Judentum ermöglichen und auch Anknüpfungspunkte an das eigene Leben der Besucherinnen und Besucher schaffen sollen. Die Ausstellung wurde auf Deutsch, Englisch und Arabisch angeboten.

Fachbereich Kultur 2018

Projekt	Realisierung der Spiegelwand auf dem Herman-Ehlers-Platz
Beschreibung	Der Fachbereich Kultur betreut die regionalhistorischen Informationsstelen und war an der Realisierung der Spiegelwand auf dem Herman-Ehlers-Platz beteiligt. Die Spiegelwand erinnert an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Steglitz. Die Informationsstelen thematisieren folgende Sachverhalte: <ul style="list-style-type: none"> • Harry Bresslau, Heinrich von Treitschke und der Antisemitismusstreit • Das Sanatorium Schlachtensee

Projekt	Ausstellungen und Publikationen
Beschreibung	Der Fachbereich Kultur erarbeitet Ausstellungen und Publikationen zu jüdischem Leben und der Verfolgung von Juden im historischen Kontext. Hier wäre zu nennen: Mehr als ein Name – Opfer des Nationalsozialismus in Steglitz und Zehlendorf.

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg gibt es eine Vielzahl von Angeboten, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen und den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten der Aufklärung und Information bieten.

Beispielsweise:

- die Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn“, Biografien jüdischer Zeitzeugen im Rathaus Schöneberg,
- Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße der Museen Tempelhof-Schöneberg mit Sonderausstellungen, kostenlosen Führungen, Bildungsangeboten für Schulen,
- Informationsort Schwerbelastungskörper mit pädagogischem Angebot, das eng mit dem Jugend Museum in Berlin-Schöneberg verknüpft ist,
- die pädagogischen Bildungsangebote des Jugend Museums Schöneberg: Sie bieten Jugendlichen Raum und Zeit, um sich Schritt für Schritt der Geschichte des frühen NS-Terrors zu nähern und sich aktiv und reflektiert mit ihr auseinanderzusetzen.
- die Aktion Stolpersteine,
- im Bereich des Jugendamtes werden Vorträge, Gedenkstättenfahrten, Ausstellungen sowie Workshops durchgeführt mit dem grundsätzlichen Ziel, eine demokratische Kultur zu fördern und Diversity-Kompetenz zu erwerben,
- jährliche Kranzniederlegung am Mahnmahl der ehemaligen jüdischen Synagoge in der Münchener Straße,
- Bei Straßenumbenennungen setzt das Bezirksamt Zeichen (Umbenennung des Palasparks in Lilli-Flora-Park).

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin

Über den Haushaltstitel 3300-68406 werden die Projekte „Zentrum für Demokratie“ und „aras* - Politische Bildungsarbeit an Schulen“ – beides in Trägerschaft von offensiv'91 e. V. – gefördert. Beide Projekte widmen sich der politischen Bildungsarbeit im Bezirk Treptow-Köpenick, wobei eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Diskriminierungsformen insbesondere auch Antisemitismus, implizit ist. Die Aufklärung und Auseinandersetzung mit Antisemitismus spiegelt sich auch wiederkehrend in verschiedenen Veranstaltungsformaten wider.

Museumspädagogische Angebote widmen sich auch der Aufklärung über Antisemitismus und damit dem Kampf gegen den Antisemitismus. Dies gilt insbesondere für die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche mit der dortigen Ausstellung und dem museumspädagogischen Begleitprogramm.

Selbiges gilt für einzelne Kursangebote der VHS. Dies wird entweder durch planmäßiges Personal des Amtes oder durch den Einsatz von Honorarmitteln realisiert.

3. Welche Schwerpunkte setzen die betreffenden Senats- und Bezirksverwaltungen bei der Auswahl der zu fördernden Initiativen/Projekte/Maßnahmen, bzw. an welchen Kriterien richten sich ihre Entscheidungen aus?

Zu 3.: Die Darstellung der Schwerpunkte und Kriterien erfolgt handlungsfeld- bzw. bezirksbezogen.

Handlungsfeld „Bildung und Jugend“

Schwerpunkte zur Förderung von Projekten bzw. Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus leiten sich von Seiten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie aus dem Bildungs- und Erziehungsauftrag gemäß gesetzlicher Grundlagen ab. Hervorzuheben sind hier das Schulgesetz sowie die aktuellen Rahmenlehrpläne einschließlich der übergreifenden Themen Demokratiebildung und Gewaltprävention. Darüber hinaus hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie eine Strategie zur politischen Bildung an Berliner Schulen verabschiedet, die Leitlinien für die politische Bildungsarbeit vorgibt. Projektförderungen werden geprüft gemäß der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen sowie dem benannten strategischen Rahmen und unterliegen einer fachlichen Prüfung, inwieweit sie für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages auch unter Beachtung aktueller bzw. sozialräumlicher Gegebenheiten geeignet sind.

Die Handlungsstrategie im Bereich der frühkindlichen Bildung und der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung zielt darauf ab, Kindern und Jugendlichen Grundlagen demokratischen Handelns zu vermitteln und eine direkte Beteiligung an gesellschaftlicher Gestaltung und an Aushandlungsprozessen zu ermöglichen. Demokratiebildung trägt wesentlich zur Prävention von Antisemitismus bei, indem sie grundlegende Werte der Gleichberechtigung, Toleranz, Akzeptanz von Vielfalt und friedlicher Konfliktbeilegung vermittelt.

Finanzierte Programme, Projekte und Maßnahmen sollen explizit mit Netzwerken und Trägern kooperieren, die in der Demokratiebildung und gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv sind. Einen weiteren Schwerpunkt im Rahmen der Antisemitismus-Prävention stellt die Fortbildung pädagogischer Fachkräfte dar. Das Fortbildungsangebot des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg umfasst kontinuierlich Veranstaltungen im Bereich der Demokratiebildung und Antisemitismusprävention. Diese werden - u.a. durch eine jährliche Bedarfsabfrage - regelmäßig angepasst und weiterentwickelt.

Das in Vorbereitung befindliche Berliner Jugendfördergesetz wird die Jugendarbeit mit der Maßgabe Demokratiebildung und Beteiligung inhaltlich präzisieren und strukturell neu aufstellen.

Handlungsfeld „Innere Sicherheit“

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt plant perspektivisch für die Jahre 2020/2021 eine Erweiterung der von ihr finanzierten Maßnahmen gegen Antisemitismus. Die Maßnahmen werden im Kontext mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stehen, insbesondere sollen die Schwerpunkte in der Erforschung und Erhellung von Brückennarrativen liegen, d.h. der verbindenden Elemente in der Radikalisierung in Gruppen und der damit verbundenen Legitimierung von Gewalt.

Handlungsfeld „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“

Die geförderten Institutionen tragen mit ihrer historisch-politischen Bildungsarbeit grundsätzlich zu einer demokratischen Wertevermittlung bei.

Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“

Vorgaben für die Kriterien zur Mittelvergabe innerhalb des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, der „Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ (Drs. 16/1509) bzw. der „Leitlinien des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ sind zunächst die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, des Senats sowie der Richtlinien der Regierungspolitik der laufenden Legislaturperiode sowie die entsprechenden Hinweise im Haushaltsplan des Landes Berlin.

Das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist ein Förderprogramm der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und wird durch die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) umgesetzt. Die geförderten Projekte orientieren sich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung an drei Handlungsfeldern.

- Stärkung von Demokratie und Menschenrechten,
- Bildung und Jugend für Demokratie,
- Demokratie im Gemeinwesen und im Sozialraum.

Im Rahmen der spezifischen Antisemitismusprävention erfolgt die Förderung im Berliner Landesprogramm mit den Zielen

- „Antisemitismus sichtbar machen“ (zivilgesellschaftliches Monitoring durch das Projekt RIAS des VDK e.V. und die Registerstellen in den Berliner Bezirken),
- „Kompetenzen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus stärken“ (diverse Bildungsprojekte, insbesondere als Unterstützung für Schulen und Angebote der Mobilen Beratung),
- „Von Antisemitismus betroffene Personen unterstützen“ (Angebote der Opfer- und Antidiskriminierungsberatung),
- „Antisemitismus in jeder Form öffentlich ächten“ (z. B. mit dem Personenbündnis „Berliner Ratschlag für Demokratie“).

Die Auswahl der zu fördernden Initiativen/Projekte/Maßnahmen zur Antisemitismusprävention erfolgt unter Bezug auf die festzustellende Bedarfslage der Antisemitismusprävention. Die Bedarfslage wird auf Basis einer Problemfeldanalyse u. a. im Austausch mit Fachkräften der Prävention aus der Berliner Verwaltung, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft

festgestellt. Dieser Fachaustausch findet im Berliner Beratungsnetzwerk „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ statt, zu dem die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) regelmäßig einlädt.

Entsprechend der Bedarfslage richten sich die zuständigen Bewilligungsstellen im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren an die Öffentlichkeit und erbitten das Einreichen von Konzeptvorschlägen zur Problembewältigung. Anschließend wird nach fachlichen Kriterien ein geeignetes Konzept ausgewählt und zur Antragsstellung aufgefordert.

Darüber hinaus richten unterschiedliche Rechtsträger Problemanzeigen und Bedarfsanmeldungen in Form von Anträgen an die jeweils zuständigen Bewilligungsstellen. Diese entscheiden nach fachlichen Kriterien über die Bewilligung der Projektanträge. Die fachlichen Kriterien ergeben sich aus den für das Handlungsfeld verallgemeinerbaren professionellen Standards, (beispielsweise Vorgaben bzw. Standards der Landeszentralen für politische Bildung zur politischen Bildungsarbeit oder fachliche Vorgaben von Dachverbänden, Hinweise aus Evaluationen etc.) unter Einbeziehung des für das Handlungsfeld maßgeblichen Forschungsstandes.

Neben der fachlichen Prüfung des vorgelegten Antragskonzepts werden bei der Antragsprüfung u. a. folgende Gesichtspunkte geprüft:

- Effektivität und Effizienz;
- Einwerbung von Drittmitteln;
- Nachhaltigkeit;
- vorgesehene Maßnahmen der Qualitätssicherung.

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Die Bezirksverwaltung Lichtenberg ist an den bezirklichen Projekten der „Partnerschaften für Demokratie“ und der Berliner Landeskommission gegen Gewalt mit dem Schwerpunkt Antisemitismusbekämpfung beteiligt. Bei der Auswahl und Umsetzung der Projekte gelten folgende Kriterien:

- Bedarf an konkreten verifizierten Inhalten (über Begleitgremien und bezirkliche Gremien)
- Zielgruppenauswahl
- Nachhaltigkeit
- Seriosität des umsetzenden Trägers.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Die „Partnerschaften für Demokratie“ beobachten zusammen mit der „Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf“ und dem „Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle“ fortwährend die Entwicklungen im Bezirk und der Stadt Berlin sehr genau. Die Förderung von Projekten und Initiativen hängt in hohem Maße von der sich daraus ergebenden Einschätzung der sozialräumlichen und zielgruppenbezogenen Bedarfe ab. Durch den kontinuierlichen Austausch mit den anderen Berliner Registerstellen, den Akteurinnen und Akteuren im Bezirk sowie der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) ist der Bezirk in der Lage, schnell auf etwaige Veränderungen der Situation zu reagieren. Projekte und Initiativen, die sich im Bezirk gegen Antisemitismus engagieren wollen, werden ermutigt, sich im Rahmen der Ausschreibung zur Projektmittelvergabe der „Partnerschaften für Demokratie“ zu bewerben.

Es können generell Projekte gefördert werden, die sich gegen Rassismus und jedwede Form von Menschenfeindlichkeit richten – darunter auch gegen Antisemitismus.

Bezirksamt Mitte von Berlin

Die Kriterien des Bezirksamtes Mitte von Berlin für die Auswahl der zu fördernden Maßnahmen sind ausgerichtet an den sozialräumlichen Bedarfen, den Erfahrungen und Kompetenzen des Trägers sowie der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Maßnahme. Die Förderung der Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe unterliegt mit ihren Einrichtungen, Angeboten und Leistungen den allgemeinen Jugendhilfezielen abgeleitet aus den Vorschriften des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und des entsprechenden Ausführungsgesetzes für Berlin (AG KJHG Berlin). Gemäß den Förderprioritäten für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk Mitte von Berlin ist u.a. ausgeführt, dass keine Projekte gefördert werden, die antisemitisches Gedankengut oder der Diskriminierung von Minderheitengruppen Vorschub leisten.

Das Jugendamt Mitte setzt seit 01.01.2015 das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ in den Partnerschaften für Demokratie (PfD) „Moabit“ und „Wedding/Brunnenstraße“ um. Das gegenwärtige Bundesprogramm sieht die Auseinandersetzung mit dem historischen und aktuellen Antisemitismus vor. In der Leitlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend heißt es dazu: „Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ will ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene fördern. Vereine, Projekte und Initiativen werden unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten.“ (zit. nach „Bundesweite Förderung lokaler Partnerschaften für Demokratie, Leitlinie Förderbereich A“).

Für die PfD „Moabit“ sieht die derzeitige Ausschreibung im 3. Leitziel vor: „Die Akzeptanz von Vielfalt und Interkulturalität (Diversity) in der Gesellschaft wird gestärkt. Insbesondere werden in 2019 Projekte gefördert, die sich mit den Themen Antiziganismus, Antisemitismus oder antimuslimischer Rassismus/Islamfeindlichkeit beschäftigen.“

Für die PfD „Wedding/Brunnenstraße“ ist die Ausschreibung 2019 z.Zt. in Arbeit. In 2018 wurde nachfolgendes Handlungsziel ausgeschrieben: „Aufklärung und Sensibilisierung zu den o.g. Themen finden durch Fortbildungen, Austauschrunden oder niedrigschwellige Angebote statt. In 2018 werden Projekte besonders berücksichtigt zu den Themen Antiziganismus/Antiromaismus, Antisemitismus oder Rassismus, bzw. solche, die mit Bildungseinrichtungen und/oder religiösen Einrichtungen kooperieren oder im Rahmen der Internationalen Dekade für Menschen Afrikanischer Herkunft stehen.“

Bezirksamt Pankow von Berlin

Projekte, Initiativen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus richten sich nach den Bedarfen und Rückmeldungen von Multiplikatoren, Netzwerkpartner*innen, aus den Schulen, Unterkünften für Geflüchtete und aus der Zivilgesellschaft. Dabei setzt der Bezirk folgende Schwerpunkte/ Kriterien bei der Auswahl der zu fördernden Projekte:

- Anerkennung des Kampfes gegen Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche und bezirksweite Aufgabe
z. B. Förderung der bezirklichen Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt „moskito“ über das Bundesprogramm Demokratie Leben! mit zwei Partnerschaften für Demokratie
- Demokratieförderung und Stärkung der Zivilgesellschaft nach sozialräumlicher Bedarfslage
z. B. Förderung des „Netzwerks für Demokratie und Respekt Buch-Karow“
- Erfassung und Dokumentation von antisemitisch motivierten Straftaten
z. B. durch die Kofinanzierung des Pankower Registers – Registerstelle zur Erfassung und Sichtbarmachung von Diskriminierung und rechtsextremen/ rechtspopulistischen Vorfällen im Bezirk

Bezirksamt Spandau von Berlin

Der Bezirk Spandau betrachtet im Rahmen der (Projekt-)Förderung vorrangig grundsätzliche Kriterien wie z.B. Zweck, Gegenstand der Förderung, Antragsberechtigte, Fördervoraussetzungen und Art der Förderung.

Sofern diese Kriterien erfüllt sind und die beantragten Gelder eine verfügbare Fördersumme übersteigen, erfolgt die Auswahl entsprechend dem nach fachlichen Kriterien am besten geeigneten Zweck zur Zielerreichung.

Berlin, den 19. Februar 2019

In Vertretung
Margit Gottstein
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung